

Rede von Lothar Bisky auf dem 3. Parteitag der Europäischen Linkspartei in Paris am 3.12.2010

Verehrte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde!

Vor drei Jahren in Prag haben wir festgehalten: Die Entwicklung Europas geht in die falsche Richtung. Die Deregulierung der Finanzmärkte schlug auf das ganze Leben durch. Unsichere Beschäftigung und Sozialabbau griffen um sich. Krankenhäuser und Nahverkehr standen zum Verkauf. Der Griff der Privaten nach dem Wasser, der Energieversorgung vor Ort oder den Bankgeschäften des Mittelstandes wurde immer fester. Zunehmend wurden Entscheidungen getroffen ohne die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen.

Aufrüstung statt Abrüstung standen wieder auf dem Programmen der Mitgliedstaaten. Und das will die Linke umkehren.

Das war nicht das Europa, das wir wollten.

So begründeten wir unseren Widerstand gegen die neoliberalen Umwälzungen in Europa und gegen den Reformvertrag von Lissabon in der Europäischen Union. Sarkozy führt sich inzwischen auf, als ob er 25 unartige Schüler um sich hat, wenn seinen europapolitischen Vorstellungen nicht gefolgt wird. So kommen wir in Europa nicht weiter.

Genossinnen und Genossen,

Heute kommen wir zum 3. Kongress der EL in Paris zusammen. Viele unserer Warnungen haben sich bewahrheitet. Doch nur wenige von uns haben vorausgesehen, in welchem Maße sich die US-Immobilienkrise, die im Sommer 2007 begonnen hatte, auf die Weltwirtschaft auswirken würde.

Die Verheißungen deregulierter Märkte bekamen selbst in konservativen Kreisen einige Kratzer. Die Regierungen entdeckten in ihrer Not eine Strategie der Krisenintervention, die sie ein halbes Jahr zuvor als Sozialismus "gebrandmarkt" hätten. Sie verstaatlichten Banken und legten Konjunkturprogramme auf. Auf einmal mauserten sie sich zu Anhängern der Verstaatlichung.

Doch sie bewiesen damit einmal mehr, dass der Staat ohne öffentliche Kontrolle, ohne wachsende Demokratie dem Erhalt kapitalistischen Wirtschaftens bestens dienen kann.

Aus unserer Geschichte haben wir gelernt, dem Staatssozialismus nicht zu vertrauen. Genauso wenig traue ich einem modernen Staatskapitalismus. Die Wohlfahrt für die Wirtschaftsmächtigen wird als Voraussetzung für die Wohlfahrt aller deklariert. Und das ist falsch.

Da läuft nicht nur einiges verkehrt, da werden der Staat und die Bürgerinnen und Bürger ausschließlich zur Feuerwehr für Spekulanten und ökologische Geisterfahrer zur Kasse gebeten. Dieser neuzeitliche Staatskapitalismus war bisher noch ohne jeden Lerneffekt: Kaum war das erste Krisenhoch überschritten und die Schockstarre

überwunden, sangen die neoliberalen Schönfärber wieder das Lied vom freien Spiel der Marktkräfte und spielten die Schnulze von der Privatisierung und Deregulierung. In der Runde der G20 wurden politische Überwachungsmechanismen für die Finanzmärkte zerredet. Stattdessen schlug man das neoliberale Schulbuch auf und fand gleich unter dem Buchstaben A die Lösung aller offenen Fragen.

Mit harten Austeritätsprogrammen sollen die Schulden, die Rettungsfonds für die Banken und Unternehmen auf den Schultern von Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentnern, Schülern, Studenten, Erwerbslosen und Kranken abgeladen werden.

Die Banken spekulieren weiter und die größten Zocker haben das Geschäft mit den Staaten der Eurozone als profitables Geschäftsmodell entdeckt.

Und ich sage ganz klar: Alle Rettungsschirme sind umsonst, wenn die Europäische Union und die großen Industrienationen keine neue Kriterien für eine erfolgreiche Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik entwickeln. Die Sozialkürzungen verfehlen nicht nur ihr politisch-fragwürdiges Ziel – die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Sie werden einzig die Rezessionstendenzen verstärken oder eine Deflation entfachen.

Für uns stehen zuerst eine Begrenzung von Außenhandelsüberschüssen und die Sicherung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung an.

Wir stehen an der Seite der friedlich Protestierenden in Griechenland. Wir haben es gesagt und wir werden es immer wieder sagen: Wir sind alle Griechen! Wir sind alle auch Iren.

Deswegen schauen wir mit Hochachtung und voller Solidarität auf die machtvollen Proteste in Frankreich. Unsere Solidarität gilt den Generalstreikenden in Portugal und Spanien. Die Unterstützung der Europäischen Linken gilt allen Menschen, die sich einer Politik entgegenstellen, in der Profite vor Menschen gehen, in der Staatshaushalte als Beutestücke von Banken verscherbelt werden.

Und ich rufe alle Mitglieder der Europäischen Linken auf, sich aktiv an dem Aktionstag zu beteiligen, den der Europäische Gewerkschaftsbund ETUC für den 15. Dezember, den Vorabend des EU-Gipfels aufgerufen hat.

Genossinnen und Genossen,

die europäischen Regierungen mühen sich seit April, einen Reaktionsmechanismen auf die Staatsschuldenkrise zu finden. Mit Erstaunen kann man dabei erleben, wie sich die europäischen Institutionen gegenseitig auf den Füßen stehen. Der Rat zieht in die eine Richtung, die Kommission schiebt in eine andere Richtung.

Das Parlament lässt sich eine übergestülpte Gesetzgebung und eine ausgebremste Mitsprache nicht mehr so ohne weiteres bieten. Wir haben es doch inzwischen schon ständig mit einer merkwürdigen Umgehung der demokratischen Regelungen seitens des Europarates zu tun.

Lösungen stehen bisher aus.

Die Regierenden verweigern sich, die Schuldenkrise als das zu sehen, was sie ist: die jüngste Ausformung der allgemeinen Krise des neoliberalen Kapitalismus, die wir seit 2007 erleben. Daraus erwächst die Handlungsunfähigkeit der Regierungen. Rasant schwindet das Vertrauen der Menschen in die Politik. Und in der Tat: Die Politik hat in den letzten Jahren mehr und mehr Einflussmöglichkeiten aus der Hand gegeben. Jetzt fehlen ihr die geeigneten Instrumente zur Krisenbewältigung und zugleich der Mut, sich ihrer wieder zu bemächtigen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
auf der anderen Seite können wir nicht behaupten, dass sich die Linke in Europa als der Anlaufpunkt der enttäuschten Menschen erweist. Das zeigen zum einen die Wahlergebnisse in den vergangenen Jahren. Die Linke steht damit vor einer doppelten Herausforderung: Wir stehen dafür, dass die soziale Frage in den Mittelpunkt der Politik gestellt wird. Die Krise hat nun noch mehr gezeigt, dass die Antworten auf Sozialabbau und Demokratiedefizite nur mit einer grundlegend anderen Politik zu verwirklichen ist. Deshalb haben wir in der Aktionsplattform, die der Vorstand Euch heute zur Entscheidung vorlegt, diese Krise auch als eine Krise der demokratischen Institutionen charakterisiert. Sie kann nur überwunden werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Länder wieder zu wirklichen Mitentscheidern über die res publicae werden.

Als Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union müssen sie das Recht verwirklichen können, die öffentlichen Angelegenheiten zu verhandeln, mitzugestalten und mitzuentcheiden. Deshalb steht die Linke in der Verantwortung, Vorschläge zu unterbreiten, die nicht nur unsere radikale Kritik deutlich machen, sondern zugleich reale Alternativen aufzeigen. Nur wenn unsere politischen Ideen Zuversicht ausstrahlen, sind sie in den Augen der Menschen auch attraktiv. Wenn sie zur Weiterentwicklung anregen, sind sie auch geeignet, Mehrheiten für deren Durchsetzung anzusprechen. Auch das ist Bestandteil dessen, was Gramsci die Erringung der kulturellen Hegemonie genannt hat.

Ich denke, da liegt noch ein ganzer Berg Arbeit vor uns. Sonst sähen unsere Wahlergebnisse ja auch anders aus.

Mit diesem Gedanken sind wir an die Erarbeitung der „Agenda für ein soziales Europa“ gegangen. Wir haben uns die Papiere angesehen, die die Europäische Linke beschlossen hat: vom Gründungsmanifest über die Thesen von Prag bis zur gemeinsamen Europawahlplattform 2009.

Und wir sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Die EL krankt nicht an einem Manko programmatischer Positionen. Wir haben reichliche und gute Positionen. Vielmehr ist die Zeit gekommen, auf dieser guten Basis, ein Aktionsprogramm vorzulegen. Unser Aktionsprogramm soll Aufgaben enthalten, die wir in den nächsten zwei bis drei Jahren anpacken, Schritte, die uns einem sozialen Europa näher bringen. Damit nehmen wir uns gegenüber unseren Sympathisantinnen und Anhängern in die Pflicht, denn auf dem nächsten Kongress werden wir abrechnen, ob unsere gemeinsamen Anstrengungen gefruchtet haben.

Genossinnen und Genossen,

Der dritte Kongress der Partei der Europäischen Linken führt uns via Rom, Athen und Prag zurück nach Paris. Wieso zurück nach Paris - werden manche, die in den vergangenen Jahren zu uns gestoßen sind, fragen? Ich kann mich gut erinnern. Es war 2003, als wir uns in der Stadt an der Seine trafen und eine europäische Parteigründung erörtert haben. Damals waren wir 11 Parteien, die sich zur Gründung entschlossen.

Vergessen wir nicht: Die europäischen Parteien der Konservativen, der Liberalen, der Sozialdemokraten sind so alt wie das Europäische Parlament. Die Grünen und auch die europäische Linke sind sehr junge europäische Parteien. Doch die Ursache der späten Parteigründungen sind ganz verschieden.

Das hat bei den Linken mit einem neuen Parteiverständnis zu tun. Bei uns ist es nicht zuerst aus Bürger- und Protestbewegungen gewachsen, sondern aus den Erfahrungen mit dem Epochenumbruch 1989/90. Wir wollen zum einen mehr sein, als ein Wahlverein fürs Europäische Parlament. Wir wollten auch auf europäischer Ebene als Mitgliederpartei agieren, als Organisation, die Partei ergreift für Menschen, die aus sozialen Bewegungen, aus Gewerkschaften, aus Friedensinitiativen kommen. Wir wollen offen sein für Kräfte, die mehr Demokratie und ein soziales Europa einfordern, die die ökologische Frage ernst nehmen und die konsequent gegen jede Form von Unterdrückung, Ausbeutung und wir werden auch gegen jede Form von Krieg auftreten.

Wir stehen für einen Politikwechsel, damit sich Europa weltweit auf eine Rolle als Friedensstifter und Vorreiter für die Lösung drängender Menschheitsfragen, wie die Bewältigung des Klimawandels und die Bekämpfung von Armut vorbereitet und diese Rolle dann auch realisiert.

Genossinnen und Genossen,

Heute beginnt der 3. Kongress auf dem wir den 3. Vorsitz der noch jungen Partei der Europäischen Linken wählen. Das ist für mich ein guter Zeitpunkt für ein Resümee und für Überlegungen, wie ich mir die künftige Entwicklung der Partei der Europäischen Linken vorstelle.

Mit etwas Wehmut beende ich meine Arbeit, denn es war eine sinnvolle Arbeit. Mittlerweile gehen wir als Partei ins siebte Jahr.

Seit Billy Wilders „Das siebte Jahr“ könnte man glauben, Beziehungskonflikte sind eine Erfindung Hollywoods. Doch die Erfahrungen zeigen - auch jenseits der Filmindustrie -: das siebte Jahr bringt in viele gewachsene Beziehungen kritische Momente. Im Jahre 2004 haben wir mit dem Gründungsauftrag im Januar, dann im Mai einen festen Zusammenschluss der einzelnen Mitgliedsparteien gebildet. Das Programm, das Statut und die 2004 in Rom abgegebenen Erklärungen zeugen von dem festen Entschluss, als demokratische, transparente, offene und emanzipatorische Linkspartei in gemeinsamen politischen Aktionen für ein anderes Europa zu kämpfen.

Wir haben uns mit unserer Geschichte auseinander gesetzt. Wir haben dabei auch heftig gestritten. Doch wir haben uns mit der Gründung der Partei der Europäischen Linken auf einen Grundkonsens verständigt:

innere Demokratie und eine Selbstständigkeit der Parteien in den Ländern sind Voraussetzungen für ein Handeln der europäischen Linken als eigenständiges Subjekt in der Gegenwart und der Zukunft,

Dafür war der Bruch mit dem Stalinismus als Systemeine unabdingbare Voraussetzung. Wir haben gelernt, die geteilte Geschichte in Ost und West, in Süd- und Nordeuropa als gemeinsame Geschichte zu begreifen. Der Blick zurück ist eine wichtige Grundlage, um Gegenwart und Zukunft, auch die Schwächen der Linken nach 1989 wirklich zu verstehen. Doch dabei können wir nicht stehen bleiben. Um eine gemeinsame Identität und mobilisierende Arbeitsschwerpunkte zu finden, brauchen wir auch den Blick nach vorn.

Genossinnen und Genossen,

wenn wir uns auf gemeinsame Schwerpunkte festgelegt haben, dann müssen sie zum Ausdruck bringen, dass wir Verantwortung tragen wollen, dass wir um Mehrheiten für eine linke Politik von heute und morgen kämpfen wollen. Hat linke Politik heute keine substantielle europäische Dimension – dann ist sie nicht links!

Ja, wir sehen die Europäische Gemeinschaft kritisch und zugleich ist sie ein entscheidender Handlungsspielraum, der sowohl die Entwicklung in Europa insgesamt als auch das Handeln für die aktuellen globalen Probleme beeinflusst.

Eine europäische Sicherheitsarchitektur ohne Russland ist für uns ausgeschlossen. Friedliche Konfliktlösung, die Beseitigung von Hunger und Armut und der nachhaltigen Schutz der Ressourcen sind nicht außerhalb eines Kampfes für einen Politikwechsel in der EU zu haben. Wenn wir das Zusammenwachsen Europas an eine europäische Sozialstaatsidee auf höchstem Niveau binden, dann ist für uns der Einsatz für eine soziale Fortschrittsklausel und für einen europäischen menschenwürdigen Mindestlohn - eine wichtige Voraussetzung.

Und wenn mir dies - als Genosse aus Deutschland gestattet ist -, weil ich weiß, dass der Mindestlohn nicht in allen Ländern die Existenzfrage Nummer Eins ist:

Deutschlands Lohndumping und die Rentenpolitik drücken längst auf die Nachbarländer, Diese Politik ist nichts anderes als die Kehrseite der gefährlichen Exportpolitik. Man muss die deutsche Politik kritisieren, erst recht, wenn man sie in ihrer europäischen Dimension begreift.

Unser Aktionsprogramm geht in zwei Schritten an die Aufgaben, die vor uns stehen. Wir haben Vorschläge für eine kurzfristige Krisenbekämpfung und die Sicherung von Einkommen und sozialen Standards gemacht.

Zum zweiten wären wir keine Linken, wenn wir dies nicht mit längerfristigen Alternativen gegen wachsende Armut, für eine Bewältigung der Energie- und Klimakrise, mit Vorschläge gegen Demokratieabbau und Privatisierung verbinden würden.

Eines ist klar: Wir werden mit unseren politischen Alternativen scheitern, wenn wir sie nicht europäisch denken, wenn wir es versäumen, in der europäischen Politik auf der Ebene der EU eigene Vorschläge zu unterbreiten. Die Europäische Union besteht nicht nur aus dem Rat und der Kommission. Auch wenn die Linken im Parlament eine kleine Fraktion sind, so finden wir - mal bei der Arbeitszeitrichtlinie, mal beim Datenschutz – auch Verbündete in anderen Parteien oder bei parteilosen Abgeordneten für neue politische Ansätze.

Wir machen uns auch stark für Bürgerinnen und Bürger, die sich - zum Beispiel mit der Europäischen Bürgerinitiative – auf neue Weise in Politik einmischen können.

Ja wir sehen die Fehlentwicklungen innerhalb der EU inmitten der Eurokrise überdeutlich. Krisenmechanismen sind ohne Ursachenbekämpfung sinnlos. Dieses protektionistische Herumkratzen an der Oberfläche – insbesondere durch Deutschland – unterspült die sozialen und demokratischen Ressourcen unseres Kontinents. Nationaler Protektionismus unter der Fahne eines Europas der Banken und Konzerne zerstören die Grundlagen einer weltweiten partnerschaftlichen Zusammenarbeit, einer auf Gleichberechtigung orientierten internationalen Handelspolitik.

Solange wir nicht anerkennen, dass wirtschaftliches Wachstum qualitatives Wachstum sein muss. ist der inzwischen stotternde Globalplayer EU auf dem Holzweg.

Warum geht Europa nicht voran mit harten Regulierungen des Finanzmarktes?
Warum bringen Merkel & Co nur weitere Haushaltsstrangulierungen von G20-Tagungen mit nach Hause?

Warum traktieren uns die Regierungen mit ihren Haushaltskonsolidierungen, als ob Volkswirtschaften wie ein Haushaltsbudget einer Kleinfamilie funktionieren?

Geht es um eine unbehelligte Zukunft zockender Banken oder geht es um die Zukunft der Bildung?

Geht es um die Zukunft der privaten Anlagejäger oder geht es um gute Beschäftigung, um die Energieversorgung, um die Zukunft der Menschen in den multikulturellen Städten und in den ländlichen Räumen?

Zeigen wir als Europäische Linke mit unseren politischen Vorschlägen, dass wir eine gewachsene Verantwortung gegenüber einem Kurswechsel in der Europäischen Union tragen:

Ich war gestern mit den Fraktionspräsidenten des Europäischen Parlaments in Ungarn. Warum führt ihr die Finanztransaktionssteuer nicht ein? Das frage ich überall, denn diese Untätigkeit ist Politik gegen die Menschen.

Wir tragen Verantwortung für gute Sozialstandards in Osteuropa, für Ausbildung und Mobilität für die Gleichberechtigung der Geschlechter, für ein Altern in Würde, für Migrantinnen und Migranten. Viele der prekär Beschäftigten, viele aus dem neuen Informationsproletariat, viele Landwirte – viele, die sich gar nicht in Parteien und Organisationen engagieren – haben klare Vorstellungen über ihre Zukunft. Sie alle entwickeln konkrete Vorstellungen, wie sich ihre Lebensbedingungen verbessern. Das sollten und müssen wir aufgreifen – auch da, wo Gewerkschaften und soziale Bündnisse aktiv sind.

Eines sollten wir nicht tun: Den Feinden Europas durch eine radikale Kritik ohne Auswege in die Hände zu spielen. Menschen haben ein Recht darauf, dass ihre Sorgen genauso ernst genommen werden, wie ihre Hoffnungen.

Genossinnen und Genossen, die Gefährdung der Demokratie nimmt nicht nur die stillen Formen der Wahlenthaltung oder des enttäuschten Rückzuges an. Nein. Es formieren sich Rechtspopulisten und neofaschistische Organisationen. Einen sanften Vorgeschmack dieser Dekonstruktion des Politischen konnte man vorletzte Woche wieder einmal im Europäischen Parlament erleben. Da erlaubte sich ein Abgeordneter im EP mit „ein Reich, ein Führer“ in der Polemik zu agieren und wurde wenigstens des Saales verwiesen. Solchen Anzeichen muss man deutlich politisch begegnen. Es ist dringend erforderlich, dass wir im Alltag und in den Parlamenten diese Demagogen entlarven.

Ja, wir tragen Verantwortung dafür, dass die Mitbestimmungsrechte der Menschen in allen Lebensbereichen ausgebaut werden. Und – und damit schließt sich der Kreis - diese demokratische Mitwirkung muss zu einer öffentlichen Kontrolle der Wirtschaft und der Finanzmärkte ausgeweitet werden.

Wir müssen sichern, dass die gerechte Verteilung der Produktivitätsgewinne und eine Beteiligung an den Investitionsentscheidungen durch die Beschäftigten in Unternehmen und kommunalen Betrieben dauerhaft möglich werden.

Das Scheitern unserer Forderungen nach Referenden zum Lissabonvertrag darf uns nicht entmutigen. Umso energischer müssen wir die verheerenden Folgen von Wirtschaftsliberalismus und Aufrüstung in die öffentliche Diskussion bringen.

Wenn wir dies konkret darstellen, wenn wir die Fehlentwicklungen der herrschenden europäischen Politik so beschreiben, dass dies die Erfahrungen der Menschen aufgreift, dann wird der Veränderungsbedarf auch schlüssig.

Wir werden kaum Mehrheiten für unsere Politik gewinnen, wenn unsere Forderungen so dimensioniert sind, dass deren Durchsetzbarkeit durch die Linke eher in den Sternen steht. Das Ziel eines anderen, eines besseren Europa verlieren wir nicht aus dem Auge, das sagen wir auch deutlich in unserer Agenda, in unseren Aktionen. Doch wir vergessen darüber nicht die vielen Schritte, die gegangen werden müssen, damit die Veränderungen auch beginnen können.

Deshalb habe ich eine Politik für mehr demokratische Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger – in sozialen Fragen, in der wirtschaftlichen Steuerung, in der Qualifizierung politischer Entscheidungen – für mich wichtige Punkte - heute hier auch in den Mittelpunkt gestellt.

Schauen wir den Tatsachen ins Auge: Wir wissen, dass es seit geraumer Zeit Überlegungen gibt, die europäischen Rechtsgrundlagen für die Durchführung direkter Wahlen des Europäischen Parlaments zu reformieren. Im Europäischen Parlament wird ein entsprechender Vorschlag diskutiert. Und wie wir wissen, sind andere europäische Parteien dabei, sich auf diese Entwicklungen einzustellen und auf sie Einfluss zu nehmen.

Wenn wir nicht zulassen wollen, dass die Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie in Europa wieder nur durch die Regierenden getroffen wird, dann müssen wir uns jetzt und energisch einmischen.

Damit wächst die Bedeutung des Zusammenhalts in der Partei der Europäischen Linken in den kommenden Jahren.

Liebe Genossinnen und Genossen,
in siebenten Jahr des Bestehens muss sich die Europäische Linke entscheiden, ob sie ihre Beziehungsprobleme als Chance bejaht oder einfach nur unter den Teppich kehrt. Es muss nicht unbedingt der aufgewirbelte Rock der Monroe sein, mit dem Aufmerksamkeit in andere Richtungen gelenkt wird. Aber so ganz ohne einen Lufthauch, der durch die endlosen politischen Debatten der Linken weht, wird es einfach nicht gehen.

Vor allem ist es Zeit, dass wir uns mit dem Wissen um unsere jeweiligen Neigungen und Ideen nicht mehr zufrieden geben. Wir müssen auf eine neue – auf Erfolg und Resultat – orientierte Kultur des Streits setzen. Es geht in Zukunft nicht darum, unsere Unterschiede verständnisvoll auszuhalten, sondern sie endlich produktiv zu nutzen. Ja wir haben nicht in jeder Frage dieselbe Sicht auf Geschichte und auf

politische Handlungsspielräume. Doch wir haben gleiche politische Ideale, einen vergleichbaren ethischen Kompass, der uns auf Gleichheit und Solidarität setzen lässt. Und wir haben die Erfahrungen gemacht, dass Freiheit kein Gut der Wirtschaftsliberalen, der Märkte sein kann, sondern allen Menschen gehört und Freiheitsrechte, genauso wie soziale und kollektive Rechte täglich zu erstreiten sind.

Die Menschen gehen in Griechenland und Portugal gegen die Folgen der Krise auf die Straße. Die Iren zeigen ihren Frust und ihre Enttäuschung über das Versagen der irischen Politiker. In Frankreich gehen jung und alt gegen die Erhöhung des Rentenalters auf die Straße. In Deutschland wird gegen einen Atomdeal der deutschen Bundesregierung blockiert. Die Deutschen kommen gar aus ihrem Haus, um sehr gegen einen Bahnhof zu demonstrieren, so wie bei Stuttgart 21.

All diese Menschen haben es verdient, eine vielfältige Linke mit einem Gesicht an ihrer Seite zu wissen. Die Vielfalt wird dann unsere Stärke sein, wenn wir sie zum gemeinsamen Handeln nutzen. Dafür spricht übrigens schon allein die Wahlarithmetik: eine Aufteilung der Wählerstimmen auf mehrere Parteien führt nur dazu, dass jede von ihnen weniger Stimmen erhält als bisher. Eine gemeinsam handelnde Linke ist zugleich auf die enge Zusammenarbeit und die kritisch-konstruktive Solidarität mit allen alternativ denkenden Kräften angewiesen.

Ich denke hier besonders an politische Kräfte in den Andenländern, in Bolivien und Ecuador, in Brasilien und Paraguay, in Kuba und Vietnam.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich bei allen bedanken, die mich bei meiner Arbeit als Vorsitzender der EL so freundlich unterstützt haben, und stellvertretend für andere will ich ausdrücklich Grasciella Mascia und Helmut Scholz erwähnen und ihnen auch ganz persönlich für ihr Engagement danken.

Liebe Genossinnen und Genossen,
lasst uns also auf gemeinsame politische Forderungen konzentrieren und gemeinsam und in Bündnissen die kritische Masse aufbauen, von der schon Fausto Bertinotti sprach.

Statt in der eigenen Zersplitterung auf die Bedeutungslosigkeit zuzusteuern, lasst uns gemeinsam die Koordinaten in der Gesellschaft nach links verschieben! Die Chancen dafür sind gut.